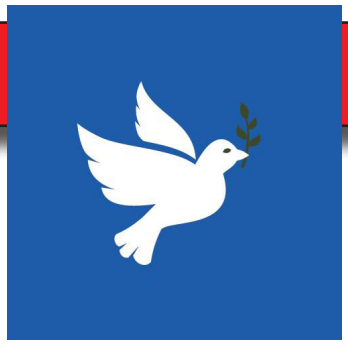
# KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 278 - 31. Jahrgang
MÄRZ 2023
Spendenbeitrag 50 Cent


# KREISPARTEITAG



**Nein, auch der Kreisverband Rostock ist keine Insel der Glückseligen. Das war auf dem Kreisparteitag der Rostokker LINKEN ein Fazit der aktuellen Misere unserer Partei. Dennoch ist die Rostocker LINKE sehr gut aufgestellt und geht deshalb voller Optimismus und Elan in die Kommunalwahl 2024.**

Die Co-Kreisvorsitzende Nurgül Senli zog eine erste Bilanz der Arbeit des im Mai 2022 neu gewählten Kreisvorstandes. Mit Bravour bestand er die erste Bewährungsprobe, nämlich die OB-Wahl im Herbst. Nachdem sich der Kreisvorstand für die Kandidatur Eva-Maria Krögers ausgesprochen hatte, folgten einige Wochen unermüdlichen Einsatzes. Der Lohn ist die erste Frau an der Spitze der Rostocker Verwaltung; mit Regine Lück als Bürgerschaftspräsidentin bildet Eva zudem die einzige linke weibliche Doppelspitze in Deutschland. Dieser Erfolg ist laut Nurgül das Resultat eines geschlossenen Auftretens im Kreisverband und eines konsequenten Engagements in der Rostocker Kommunalpolitik, in den Ortsbeiräten genauso wie in der Bürgerschaft.

Evas Wahl ist auch ein Etappensieg für ein stärkeres Gewicht von Frauen in der Politik. Der Kampf für Frauenrechte soll laut Nurgül auch künftig einen Schwerpunkt der Arbeit im Kreisvorstand bilden. Auch gegen jegliche Form von Rassismus wird der Vorstand weiter kämpfen. Bei diesen und anderen Themen werden die sozialen Netzwerke im Internet eine wachsende Rolle für die Rostocker LINKE spielen, um die Menschen in der Stadt über die Arbeit des Kreisverbandes zu informieren und das Wirken von Eva zu unterstützen.

*Fortsetzung auf S. 3*

# JEDER TAG MUSS FRAUENTAG SEIN

Dank der rot-roten Koalition ist der Frauentag in diesem Jahr das erste Mal Feiertag in Mecklenburg-Vorpommern. Dies ist ein großer Erfolg auch vor dem Hintergrund anfänglicher Widerstände. An diesem Tag darf gefeiert werden. Denn an den verbleibenden Tagen im Jahr ist es um die Gleichstellung der Geschlechter leider nicht allzu gut bestellt. So verdienen Frauen bundesweit durchschnittlich 18% weniger als Männer. Frauen arbeiten häufiger in Mini- und Teilzeitjobs, kümmern sich in deutlich größerem Maße um Kinder oder pflegebedürftige Familienangehörige. Frauen sind unterdurchschnittlich in Führungspositionen, in Landtagen oder Kommunalparlamenten vertreten.

Sind die Zahlen auch in Mecklenburg-Vorpommern in einigen Bereichen besser, so gibt es doch noch einiges zu tun. Wir begrüßen daher, dass die Landesregierung den Weg in Richtung eines gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms beschritten hat. Für ein leichteres Engagement in der Kommunalpolitik setzen wir uns z.B. im Sinne von digitalen Sitzungsformaten oder dem Wahlrecht ein.

Richtung Bundespolitik fordern wir endlich verbindliche Regelungen zur gleichberechtigten Bezahlung. Wir brauchen schnellstmöglich gute Löhne und gute öffentliche Dienstleistungen finanziert durch Steuern auf Extraprofite der Konzerne und auf Millionenvermögen.

Erst dann wird jeder Tag zum Frauentag.

## In dieser Ausgabe


**Seite 2: Post verstaatlichen!**
**Seite 3: Kreisparteitag**
**Seite 4/5: Bürgerschaft**
**Seite 6-8: Ukrainekrieg**
**Seite 9: Seniorenpolitik**
**Seite 10: Dreh‘s auf links!**
**Seite 10/11: Warum DIE LINKE?**
**Seite 14: Hans Modrow**
**Seite 15: Termine / Lyrik**
**Seite 16: Jugendverband**

# EDITORIAL

**Liebe Leserinnen und Leser,**
da sind wir wieder. Auf 16 Seiten könnt Ihr lesen, was DIE LINKE so einzigartig macht. Ihr ehrlicher Kampf für soziale Gerechtigkeit und für friedliche Konfliktlösungen. Aber auch ihr Hang zur Selbstzerstörung. Das ist nicht neu und ging lange gut. Aber der Unterbau der Partei bröckelt auf dramatische Weise, darauf wies Christian Albrecht auf dem Kreisparteitag zurecht hin. Auf manchen Seiten dieser Ausgabe wird deshalb auch schon mal Klartext geredet. Aber Konflikte unter den Teppich zu kehren, hat offensichtlich unserer Partei mehr geschadet, als geholfen.

Vielleicht ist ein Ende der Krise gar nicht mehr fern. Bis Jahresende möchte Sahra Wagenknecht entscheiden, ob sie eine neue Partei gründen wird. Das sei ja so schwierig, meinte sie im Interview mit dem ZDF. Ja, da möchte man nicht in ihrer Haut stecken. Wir werden dieses absurde Schauspiel weiter beobachten. Der nächste KLARTEXT erscheint Mitte Mai nach dem Landesparteitag. Vielleicht sind wir dann schon schlauer.

**Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe und einen zauberhaften Frühling wünscht Euch die Redaktion.** *Carsten Penzlin*

# AKTUELLES

## Rot-Rot auf dem richtigen Weg – Zahl der Lehramtsstudierenden steigt

**Zu den aktuellen Entwicklungen der Studierendenzahlen laut statistischem Landesamt erklärt der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion,** *Christian Albrecht*:
„Es besteht kein Grund zum Jubeln, dass die Studierendenzahlen im Land leicht rückläufig sind. Allerdings ist es eine gute Nachricht, wenn trotz dieser Entwicklung die Zahl der Lehramtsstudierenden steigt. Der Lehrkräftemangel ist bundesweit und bei uns eine riesige Herausforderung. In dieser Lage sind jede Absolventin und jeder Absolvent, die bzw. der als grundständig ausgebildete Lehrkraft die Universitäten verlässt, ein Gewinn.
Mit der bereits erfolgten Reform der Seiteneinsteigerausbildung hat Bildungsministerin Simone Oldenburg bereits im zurückliegenden Jahr einen wichtigen Aufschlag gemacht, um die Anzahl der Lehrkräfte in unseren Schulen wieder spürbar zu erhöhen. Mit der geplanten Reform der Lehrerbildung werden wir diesen Weg weiter gehen, die Abbruchquoten im Studium senken und die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen in der grundständigen Lehrerbildung weiter erhöhen.“

# AKTUELLES

## Verstaatlichung der Post – Dienstleistungen gehören in öffentliche Hand

Im Zuge der Auseinandersetzung um bessere Löhne bei der Deutschen Post und der Androhung des Konzerns, u.a. die Zustelltage zu verringern, fordert DIE LINKE nun die Verstaatlichung der Post. Hierzu erklärt die Parteivorsitzende der Partei DIE LINKE, Janine Wissler:
»Es braucht den verbindlichen Erhalt der Zustellpflichten im Bundespostgesetz. Wenn die Deutsche Post AG damit droht, ihre Verpflichtungen nicht zu erfüllen, ist das der letzte Beleg dafür, dass die Privatisierung der Bundespost ein schwerer Fehler war und gescheitert ist. Statt sich von der Post erpressen zu lassen, sollte die Bundesregierung hier klar Stellung beziehen. Verbindlichkeit und Sicherheit gäbe es, wenn die Post wieder in öffentlicher Hand betrieben werden würde.
Der Markt hat nichts geregelt, sondern die Lage verschärft. Es ist an der Zeit, dass der Staat seine damals getroffene Entscheidung rückgängig macht und Postdienstleistungen wieder in öffentlicher Hand organisiert. Mehr als ein Fünftel der Deutschen Post AG gehören nach wie vor der KfW. Das entspricht ungefähr dem Umsatz der Post im Inland. Die Bundesregierung muss diesen Anteil nutzen und ernsthaft prüfen, wie die Zustellung von Briefen und Paketen in Deutschland aus dem Konzern herausgelöst und wieder öffentlich betrieben werden kann.
Es braucht ein öffentliches Postunternehmen mit guten Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten, verlässlicher Zustellung und günstigen Preisen. Aktuell fühlt die Post sich weniger dem Gemeinwohl verpflichtet, sondern eher den Aktionären, für die Milliarden an Profiten beiseitegeschafft werden.
Eine gebündelte Zustellung bei einem (öffentlichen) Zusteller würde auch aus ökologischer Sicht Sinn ergeben. Derzeit fahren viele verschiedene Paketlieferdienste durch dieselben Straßen und führen zu Stau, Abgasen und Lärm. Besonders die Paketbranche ist für menschenunwürdige Arbeitsbedingungen bekannt. Dass frühere Postämter geschlossen oder an die Deutsche Bank verkauft wurden, die sie jetzt möglichst schnell schließt, war ein Rückschlag für die öffentliche Infrastruktur, der korrigiert werden muss. Zur Stärkung der Kommunen und zur Reduzierung des Autoverkehrs muss flächendeckende Präsenz wiederhergestellt werden.«

# BERICHT VOM KREISPARTEITAG

*Fortsetzung von Seite 1*

Nicht nur im Kreisvorstand hat der personelle Wechsel gut funktioniert. Christian Albrecht konnte als der neue Vorsitzende unserer Bürgerschaftsfraktion davon berichten, dass diese inhaltlich gut aufgestellt ist und konfliktfrei arbeitet. Als Mitglied des Landtages kann Christian Themen mit Rostock-Bezug in Bürgerschaft **und** Landtag einbringen. Die Zusammenarbeit mit Eva sei sehr gut, so dass man gemeinsam die Liste an Vorhaben und liegengebliebenen Problemen abarbeiten könne. Dazu zähle etwa die Neubebauung des Kesselborns. Auch auf den Parteiaustritt Steffen Bockhahns ging Christian ein. Er würdigte Steffens langjähriges Wirken für die Partei und wünscht sich eine konstruktive Zusammenarbeit mit „unserem" Sozialsenator.

Auch unsere neue Oberbürgermeisterin ließ es sich nicht nehmen, auf dem Parteitag persönlich ihren Dank für die Unterstützung im Wahlkampf auszusprechen. Viel Zeit zum Einarbeiten hatte Eva nicht. Vieles war unter ihrem flüchtigen Vorgänger unerledigt geblieben, neue Probleme kamen hinzu. Zumindest für Kaufhof gibt es nun gute Nachrichten, nachdem die Stadt hartnäckig für den Standort geworben und dem Vermieter Unterstützung zugesagt hat.
Nicht nur die Belebung der Innenstadt bleibt eine Daueraufgabe. Eine große Herausforderung für die neue OB ist die Unzufriedenheit in der Stadtverwaltung. Überlastung und fehlende Wertschätzung in der Vergangenheit führten zu Frust und einem hohen Krankenstand. Es gibt mehr Kündigungen bzw. Arbeitszeitreduzierungen statt Neueinstellungen. Der Öffentliche Dienst in Rostock muss wieder attraktiver werden!
Konfliktpotenzial hat der neue Flächennutzungsplan („Zukunftsplan Rostock"). Wir brauchen Flächen für Wohnungsneubau und Gewerbe, aber freie Flächen sind knapp bzw. oft von Kleingärten belegt (ein DDR-Erbe). An dieser Stelle verspricht Eva eine ehrliche transparente Debatte, zuerst am Beispiel der neuen Straßenbahnlinie durch Reutershagen, der ein paar Kleingärten zum Opfer fallen könnten. Eva möchte, dass sich das Versagen vom Groten Pohl – Räumung der Kleingartenanlage, dann fünf Jahre nichts passiert – nicht wiederholt.
Konflikte drohen auch angesichts der wieder gestiegenen Zahlen Geflüchteter, die nach Rostock kommen und menschenwürdig untergebracht werden müssen. 30-40 Menschen kommen pro Woche nach Rostock, für sie wurden bisher 380 Wohnungen angemietet. Dezentrale Unterbringung hat Priorität. Große Hoffnungen setzt Eva auf schnelles modulares Bauen. Aber vorerst kann sie auch die Belegung von Turnhallen nicht ausschließen, was natürlich bei vielen Einwohnern nicht auf Zustimmung stößt.
Noch lange beschäftigen wird uns auch der Hochwasserschutz im Stadthafen. Noch so ein Problem, das die Verwaltung lange nicht angepackt hat. Nun kommen Kosten i.H.v. 60-80 Mio. Euro für ein Binnenentwässerungssystem auf uns zu. Eva kann dem Bau der Mauer im Stadthafen nicht mehr viel abgewinnen. So viel Geld für ein Jahrhundertereignis – nicht vernünftig.
Zumindest beim Volkstheater konnte Eva gute Nachrichten verkünden. Bald geht's los mit dem Neubau am Bussebart. 185 Millionen wird es kosten.

Wir dürfen gespannt sein, welche der geschilderten Probleme uns noch im Kommunalwahlkampf begegnen werden. Sara Klamann, stv. Kreisvorsitzende, erläuterte den Delegierten den Zeitplan bis zur Wahl am 26.5.2024. Im Juni 2023 wird es zwei Workshops für die Rostocker Genoss*innen zum Kommunalwahlprogramm geben. Nachdem der Kreisvorstand die Ergebnisse beraten hat, soll es von Mitte August bis Ende September eine parteiöffentliche Diskussion hierzu geben. Diese mündet in einen Antrag an den Kreisparteitag, der am 4.11. das Wahlprogramm beschließen soll. Bis zum 8.10. kann sich jede/r melden, wenn sie/er für die nächste Bürgerschaft kandidieren will. Am 1.11. wird der Kreisvorstand einen Listenvorschlag beschließen, über den am 9.12. eine Vertreterversammlung, also die Parteibasis zu befinden hat.

In der kurzen Generaldebatte stellte Roswita Zeitel einen Brief des Stadtteilverbandes Lütten Klein zur Debatte, in dem die große Sorge über den Zustand der Partei zum Ausdruck kam. Der Parteivorstand sei zu wenig aktiv in sozial- und friedenspolitischen Fragen. Warum hat er nicht die Berliner Demo von Wagenknecht/Schwarzer unterstützt? Die Lütten Kleiner Genoss*innen greifen den Vorschlag von Michael Brie auf, einen Sonder-Parteitag über die Friedenspolitik einzuberufen. Da schaltete Christian Albrecht sich in die Debatte ein. Ein Sonder-Parteitag bringe nichts, da sich danach eh wieder niemand an die getroffenen Beschlüsse halte. Sei es nicht sinnvoller, eine Trennung zu vollziehen, auch wenn diese für die ohne schon stark geschwächte Partei schmerzhaft und gefährlich sein könne?

Zum Schluss wurde Felix Baumert in den Kreisvorstand nachgewählt. Der Mitarbeiter von MdB Ina Latendorf ersetzt Marc Borkowski, der aus beruflichen Gründen nach Wismar verzog. Felix wünscht sich eine aktive LINKE für Rostock, mit der Gestaltungsmacht der neuen OB als Hebel für praktische linke Politik in der Stadtgesellschaft.

*Text: Carsten Penzlin /*
*Fotos: Martin Raspe*

# BÜRGERSCHAFTSSITZUNG VOM 1. MÄRZ

Zu Beginn der Sitzung begrüßte die Präsidentin Regine Lück unsere Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger zu ihrer ersten Sitzung.

Während der Einwohnerfragestunde sprach Janin Lika für die Genossenschaft „solidarisches Wohnen Ost2500 eG“ über das Thema Vielfalt und alternative Wohnformen. Bevor Sie mit ihren Ausführungen beginnen konnte, meldete sich Per zu Wort, ein Bewohner des Bagehl (an der Nikolaikirche) seit 1998. Er bezeichnete den Bagehl als kulturellen Treffpunkt und bat um Unterstützung, da die Häuser am 15. März zwangsversteigert werden sollen.
Frau Lika, Aufsichtsratsmitglied der Genossenschaft, erfuhr erst 10 Tagen vorher von der bevorstehenden Zwangsversteigerung. Sie bat die Stadt, eine kreative Lösung zu finden, wie beispielsweise das Zurücknehmen der Häuser vom Markt. Sie betonte auch die Wichtigkeit des Erhalts dieser Wohnhäuser und der sozialen Besonderheit.

Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger und unsere Partei unterstützen selbstorganisierte Genossenschaften und betrachten diesen Fall als klassisches Beispiel für Gentrifizierung, da die Mieten nach der Sanierung deutlich steigen werden. Der Vorfall ist sehr kurzfristig und kompliziert, und hat alle in der Stadt überrascht. Sie setzt sich jedoch dafür ein, dass die Häuser erhalten bleiben, obwohl bei der Zwangsversteigerung die Sicherheitsleistung für potenzielle Interessenten bereits 14 Tage vorher erbracht werden musste. Die Häuser sind damit auf dem Markt.
Frau Pittasch von der FDP und Immobilienmaklerin ist der Ansicht, dass ein Verkauf kein Problem darstellt und der Mietvertrag wie zuvor fortgesetzt werden kann. Es sei denn, es gibt Gründe, dass Mieter ausziehen, wie beispielsweise Mietschulden. Des Weiteren kritisierte sie, wenn das Wohl der Allgemeinheit gefährdet ist, könnte die Gemeinde eingreifen, aber eine Einzelperson so wie eine Genossenschaft, vertritt nicht das Interesse der Allgemeinheit. Eine Möglichkeit könnte ihrer Meinung nach sein, dass die WIRO das Wohnprojekt erwirbt, aber es muss auch wirtschaftlich rentabel sein. Senator Bockhahn unterstützt Pittasch und betont, dass es wichtig sei, die Segregation aufzuhalten und nach Lösungen zu suchen, um dies zu erreichen. Aber man kann nicht vor einer großen Aufgabe zurückschrecken. Aus sozialpolitischen Gründen sollten gute Lösungen gefunden werden, um den Erhalt dieser Wohnhäuser zu sichern.
(Anm. d. Red.: Beim Termin zur Zwangsversteigerung am 15.3. gab es keine Gebote, so dass die Stadt nun in freie Verhandlungen mit dem Insolvenzverwalter eintreten kann. Eine gute Nachricht. Die Rostocker LINKE beteiligte sich aktiv an den Protesten vor dem Amtsgericht.)

**Eltern-Kind-Zentrum**

Im Antrag der CDU zum Eltern-Kind-Zentrum geht es um den scheinbar versandeten Disput zwischen dem Klinikum Südstadt und der Universitätsmedizin Rostock. In der Diskussion gibt es noch keine Entscheidung bezüglich des Betreibers und des Standorts. Die Bürgerschaft bevorzugt den Standort Südstadtklinikum. Allerdings besteht der Eindruck, dass die Diskussion langsam versandet und nur Gutachten hin und her geschickt werden. Laut dem Finanzsenator reden jedoch alle miteinander in einer guten Atmosphäre. Die CDU schlägt daher in ihrem Antrag eine Arbeitsgruppe vor, während die SPD meint, dass es bereits genug Gruppen gibt. Die Bürgermeisterin betonte, dass alle sich eine Entscheidung wünschen. In den letzten Wochen hat sich jedoch eine bessere Gesprächsatmosphäre etabliert, und die Landesregierung ist auf Rostock zugegangen. Im April wird es einen Austausch geben. Zusammengefasst, so unsere OB, ist das Eltern-Kind-Zentrum für alle hier wichtig. Aus Sicht der Fraktion ist der Antrag unnötig, aber er hat nochmal gezeigt, dass das Eltern-Kind-Zentrum für die Bürgerschaft ein wichtiges Thema ist. Der Antrag wurde abgelehnt.

**Kesselbornbrücke und Groß Schwaßer Weg**

Kristin Schröder, als Vertreterin des Ortsbeirats Südstadt, sprach in der Bürgerschaftssitzung über die Kesselbornbrücke. Diese soll gemäß dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 12.MU.205 „Kesselborn“ als Verbindungsbrücke zwischen der geplanten Sportarena und der Stadthalle gebaut werden. Die Oberbürgermeisterin wurde beauftragt, Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, die Realisierung im Zuge der Baumaßnahmen im Gebiet durch die OSPA Kesselbornpark GmbH & Co. KG („OSPA“) durchführen zu lassen. In der Bürgerschaftssitzung wurde darüber abgestimmt und das Ergebnis war eine Zustimmung.
Des Weiteren hat die Bürgerschaft die OB beauftragt, kurzfristige Maßnahmen zur Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern im Groß-Schwaßer-Weg zu prüfen. Es wird gefragt, ob eine Verkehrszählung durchgeführt wurde und ob die Tempo-30-Zone im gesamten Bereich erweitert werden kann. Außerdem wird der Einbau von Schutzbügeln und Aufpflasterungen vorgeschlagen. Die Antworten sollen bis zum 31.05.2023 in einer Informationsvorlage vorliegen.

**Beschlussvorlage zur weiteren Verfahrensweise zur Übertragung des Eigentums der denkmalgeschützten Mühlendammschleuse von Besitz des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes an die Hanse- und Universitätsstadt**

Finanzsenator Chris von Wrycz Rekowski hat sich in die Angelegenheit eingebracht und zunächst seinen Dank an das

Hafen- und Seemannsamt sowie an den Abteilungsleiter Herrn Abend und seine Mitarbeiter ausgedrückt. Alle Fakten liegen dank Ihrer Arbeit auf dem Tisch und können bewertet werden. Er würdigt auch den Aufwand von Herrn Vater (Verein Mühlendammschleuse e.V.) in den letzten Jahren. Die Frage der Genehmigungsfähigkeit war immer die Hauptfrage und der jetzige Zustand ist nicht zu verbessern. Die Lösung bestand darin, die Schleuse wieder passierbar zu machen. Denkmalrechtlich gibt es da nichts zu beanstanden. Durch die Zuschüttung ist das Denkmal sichtbar und erlebbar gemacht worden. Es geht nicht um das Geld, da die Schleuse nicht uns gehört, sondern Bundesbesitz ist. Der ursprüngliche Plan der Stadt war es, die Warnow vom Kabutzenhof bis hinter die Schleuse zu übernehmen. Es handelt sich hierbei um die gesamte Bundeswasserstraße. Der damalige Bürgermeister hat die Gewässerbelastung für Rostock als so maßgeblich eingeschätzt, dass eine Übernahme der Warnow für uns als Stadt nicht mehr in Frage kam und der Bund hat entsprechend allein reagiert und das Verfahren gestoppt.
Unter Abwägung aller Belange halten Bund und Land die derzeitige Variante für die beste. Und der Senator wüsste nicht, wie Rostock jetzt in den Dialog gehen soll, also mit welchen Überzeugungen, um in die Verhandlungen zur Übernahme der Schleuse einzutreten.

Für unsere Fraktion bemerkte Lisa Kranig, dass die vorliegende Machbarkeitsstudie den Vorschlag der Variante Nummer 3 (günstigste Variante) bevorzugt. Diese orientiert sich an den Ergebnissen der Studie. Jedoch ist sie der Ansicht, dass die Machbarkeitsstudie nicht überzeugend ist und daher keine gute Grundlage für einen Beschluss darstellt. Sie bezieht sich dabei auf die Ausführungen der Studie zum Thema Denkmalschutz. Die Studie berücksichtigt lediglich das Denkmalschutzgesetz des Landes und nur einen Satz aus dem Leitbild der Denkmalpflege. Somit werden nur die Punkte übernommen, die zur Unterstützung der Studie notwendig sind. Es gibt jedoch noch weitere Themen in den Leitbildern, wie zum Beispiel Restaurierung, Eingriffe in die bestehende Bausubstanz und so weiter. Lisa Kranig fragt sich, wie etwas ein historisches Zeugnis sein kann, wenn es zugeschüttet ist. Eine zugeschüttete Schleuse ist aus ihrer Sicht nur ein Zeugnis für den mangelhaften Umgang mit dem Denkmal. Sie findet die Studie insgesamt schwach und ist enttäuscht darüber, dass sie zum Thema Denkmalschutz nur eine Seite innerhalb der 156-seitigen Studie findet. Die wirtschaftliche Bedeutung hatte aus ihrer Sicht zu viel Gewicht. Außerdem betont sie, dass die Lösung des Zuschüttens nur vorübergehend sein sollte, jedoch nun zu einer dauerhaften Lösung gemacht wurde. Dies macht sie traurig, da aus einer vorübergehenden Lösung nun Fakten geschaffen wurden. Den Ausführungen von Lisa Kranig folgend, lehnt unsere Fraktion die Vorlage ab. SPD und CDU stimmten der Beschlussvorlage zu. Die Schleuse bleibt somit im Besitz des Bundes und verschüttet.

**Zum Abschluss gab es noch den Bericht unserer Oberbürgermeisterin**.

Sie bedanke sich zuerst ausdrücklich bei den Vertretern der Mühlendammschleuse und wertschätzte Ihre jahrelange Arbeit. Im Anschluss kurz gehalten: Bedankte sich Eva bei den Senatoren und Mitarbeitern der Verwaltung für die tolle Zusammenarbeit. Sie erinnerte an den nun einjährigen Krieg in der Ukraine. Sie hob die besonders gute Arbeit mit Vertretern der Stadtgesellschaft bei dieser Aufgabe hervor. Das ist etwas, worauf Rostock stolz sein kann. Auch erwähnenswert ist die Einbürgerung von 397 Menschen aus über 41 Nationen der Welt im Foyer des Rathauses. Auch erinnerte sie an den 8. März, welcher nun neben Berlin auch bei uns ein Feiertag ist, und dass trotz des Erreichten noch viel Arbeit vor uns liegt. So wie zum Beispiel, dass Frauen immer noch 18 % weniger Geld bekommen. Eine Neuerung wird es geben. Bisher gab es immer den Bericht der Oberbürgermeisterin als Punkt auf der Tagesordnung. Die Oberbürgermeisterin berichtet über Vorgänge und Erfolge aus den Ämtern und die Bürgerschaft darf nur zuhören. Das hält Eva-Maria für nicht mehr zeitgemäß und plant, diesen Vorgang etwas aktiver mit besseren „Spielregeln“ zu gestalten, sodass die Oberbürgermeisterin mit aktuellen Themen, als Chefin der Verwaltung, im besseren Austausch mit den Mitgliedern der Bürgerschaft und den Ämtern kommen kann. Frei nach dem Motto: Mehr Parlamentarismus wagen.

Damit endet der Bericht aus der Bürgerschaft. Wenn Ihr Euch zum Beispiel den 156-Seiten-Bericht mit Begleitunterlagen zur Mühlendammschleuse anschauen oder einzelne Anträge nachlesen wollt, werdet Ihr im Internet unter der Adresse ksd.rostock.de fündig.

**Personalkarussell:**

Ausschuss für Schule, Hochschule und Sport:
Hannes Nehls (Raus)
Lisa Kranig (Rein)

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration:
Nurgül Senli, stell. Eva-Maria (Raus)
Lajos Orban, stell. Monique Tannhäuser (Rein)

Mitglied des Personalausschusses:
Nurgül Senli (Raus)
Lajos Orban (Rein)

Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung:
Christian Albrecht, stell. Nurgül Senli (Raus)
Nurgül Senli, stell. Eric Adelsberger (Rein)

Rechnungsprüfungsausschuss:
Eva-Maria Kröger, stell. Gerit Losand-Gärber (Raus)
Christian Albrecht, stell. Kristin Schröder (Rein)

Jugendhilfeausschuss:
Gerit Losand-Gärber (Raus)
Sara Klamann (Rein)

Hauptausschuss:
Eva-Maria Kröger, stell. Robert Kröger (Raus)
Robert Kröger, Stell. Regine Lück, stell. Jutta Reinders (Rein)

Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeinderates:
Eva-Maria Kröger (Raus)
Lajos Urban (Rein)

*Berichterstatter: Martin Raspe*

## Neuer Fraktionsvorstand gewählt

Da Eva-Maria Kröger nach ihrer Wahl zur OB auf ihr Bürgerschaftsmandat verzichtete, wählte die Fraktion einen neuen Vorstand (siehe Foto). Der neue Fraktionsvorsitzende ist Christian Albrecht. Erste stellvertretende Vorsitzende ist unsere Co-Kreisvorsitzende Nurgül Senli, zweiter stv. Vorsitzender Robert Kröger. Ihnen zur Seite steht Jutta Reinders als weiteres Mitglied des Fraktionsvorstandes. Wir wünschen allen eine erfolgreiche Arbeit zum Wohle der Stadt und der Partei DIE LINKE.

# AUS DER MILITÄRISCHEN LOGIK AUSBRECHEN

Für eine solidarische, internationalistische Friedensbewegung

Um den Jahrestag der Invasion Russlands in die Ukraine demonstrierten und gedachten viele tausend Bürger*innen bundesweit. Das zeigt, dass es einen großen Wunsch in der Bevölkerung gibt, dem Diskurs von immer mehr Waffenlieferungen ohne Plan und Strategie eine friedenspolitische Position entgegenzustellen. Die Bilanz von einem Jahr Krieg sind zehntausende Tote, Millionen Geflüchtete und zahlreiche zerbombte Städte. Irgendwann wird dieser Krieg am Verhandlungstisch enden, da das Schlachtfeld keinen klaren Sieger bringen wird. Dem geht vermutlich ein langer, blutiger Stellungskrieg voraus. Eine neue Friedensbewegung muss dazu beitragen, dass dies verhindert wird.
Die zentralen Forderungen für eine internationale und internationalistische Friedenbewegung müssen sein, dass 1. die Ukraine und Russland zu Gesprächen zurückkehren, 2. Russland seine Truppen aus der Ukraine zurückzieht und 3. eine weitere Eskalation des Kriegs durch immer mehr Waffengewalt verhindert wird.

**Zeitenwende – was sind unsere Antworten?**

Der Angriffskrieg hat zu einer grundlegenden Veränderung in der deutschen Politik geführt: 100 Milliarden werden in die Aufrüstung gesteckt, was Deutschland in wenigen Jahren den drittgrößten Militärhaushalt weltweit bescheren wird. In Europa und weltweit ist eine neue Hochrüstungsspirale zu beobachten. Die NATO, vor einiger Zeit noch als „hirntot“ bezeichnet, geht aus dem Konflikt gestärkt hervor. Während die Lieferung schwerer Waffen in Leopardenkostümen gefeiert wird, werden die Kritiker*innen dieser Entwicklung unter der Gürtellinie angegangen. Differenzierte Stimmen, die sowohl die Souveränität und das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine betonen, als auch Verhandlungen und Deeskalation fordern, gehen in der Debatte unter.
Die richtige Antwort auf den Angriffskrieg Russlands ist schwierig und sowohl in der gesellschaftlichen Linken als auch der Friedensbewegung umstritten. DIE LINKE. besteht so gut wie ausnahmslos aus überzeugten Kriegsgegner*innen. Trotzdem oder vielleicht gerade deswegen fallen auch bei uns die Reaktionen auf Russlands Angriffskrieg unterschiedlich aus. Pazifistinnen diskutieren plötzlich, ob Waffenlieferungen im Falle der Verteidigung doch in Ordnung sind, Völkerrechtler vermuten, dass die Forderung nach einem Truppenabzug Russlands unrealistisch sei. Die Positionen und vor allem die Lösungsvorschläge verlaufen quer zu Strömungen und Lagern in der Partei.
Wir sind der Meinung – egal wie man persönlich zur Frage der Waffenlieferungen steht – dass DIE LINKE die Partei sein sollte, die aus der militärischen Logik ausbricht und sich der „Zeitenwende“ entgegenstellt. Wir verweigern uns der Gleichsetzung von Solidarität mit Waffenlieferungen. Für die politische Unabhängigkeit braucht die Ukraine einen Schuldenschnitt, sodass weiter Löhne und Renten gezahlt werden können. Die sichere Aufnahme von Millionen geflüchteter Ukrainer*innen und ihre Integration in Kinderbetreuung, Bildung, Arbeit und Wohnraum ist immens wichtig. Hier steht die LINKE als einzige Partei ganz klar an der Seite aller Geflüchteten. Eine Aufnahmeoffensive von russischen Deserteuren würde Russland würde ein deutliches Zeichen setzen und Russlands Fähigkeit zur Kriegsführung schaden. Gleichzeitig sind wir als LINKE ebenso dagegen, dass ukrainische Männer in diesem Krieg kämpfen müssen. Auch für sie gilt das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und politisches Asyl.
Das Sondervermögen und die Hochrüstung werden unseren erbitterten Widerstand erfahren. Die Aufrüstung gefährdet nicht nur die internationale Sicherheit, sie läuft unvermeidlich auf Kosten der Renten, Schulen und des Kampfs gegen die Klimakrise.

**Wie weiter mit der Linken und der Friedensbewegung?**

Nicht nur DIE LINKE ist in einer Mobilisierungskrise, die Friedensbewegung ist es ebenso. Ein Promiaufruf kann keinen tragfähigen Bündnisaufbau ersetzen, er könnte aber Teil einer Strategie zur Popularisierung von Forderungen sein. Initiativen für Frieden, die sich nicht klar von Rechts abgrenzen, spalten die Partei und die gesellschaftliche Linke. Sie schwächen damit die wichtigsten Kräfte für die Forderungen nach Deeskalation und Abrüstung.
Für uns ist trotzdem klar: Friedenspolitisch ansprechbare Akteure finden sich an den verschiedensten Stellen der Zivilgesellschaft auf einem breiten politischen Spektrum. Breite Bündnisse gegen den Krieg umfassen für uns selbstverständlich unterschiedliche Akteure, wie etwa Kulturinstitutionen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände oder Kirchen. Bei Rechten, wie etwa AfD und Querdenkern, ziehen wir jedoch eine klare Linie.
Als LINKE müssen wir sichtbar und mit einem klaren Profil in die gesellschaftliche Auseinandersetzung eingreifen. DIE LINKE muss in den nächsten Monaten aktiver das Gespräch mit potenziellen Bündnispartnern suchen, um die Perspektive von diplomatischen Gesprächen und Abrüstung im politischen Diskurs zu stärken. Die Deals über das Getreideabkommen oder die Gefangenenaustausche zeigen, dass es auch im Krieg möglich ist, über Konkretes zu verhandeln. Vermittlungsangebote, wie die aus Brasilien und China, sollten die Bundesregierung und die EU nicht so schroff abweisen. Selbst der jüngste chinesische Handlungsvorschlag beruht auf einem Truppenabzug Russlands. Anders als der Westen kann Peking Putin zu einem Ende des Kriegs zwingen, da China größeren Einfluss in Russland hat.
Parteiintern brauchen wir mehr Diskussionsformate, in denen jenseits von Machtpolitik auf Augenhöhe gesprochen werden kann. Wir müssen in der Partei zu einer Kultur zurückkehren, in der Verbindendes in den Mittelpunkt des gemeinsamen Handelns gestellt wird und nicht die Unterschiede in innerparteilichen Aufrufen zementiert werden. Bis zu den Ostermärschen ist nicht mehr viel Zeit. Wir wollen uns darum kümmern, dass DIE LINKE als wichtiger Teil der Friedensbewegung sichtbar auf der Straße und in den Parlamenten steht – und damit auch an einer Erneuerung der Friedensbewegung mitwirken.

*Janis Ehling, Ates Gürpinar, Jana Seppelt, Daphne Weber, Luigi Pantisano (Mitglieder des PV) www.links-bewegt.de*

# AUFRUF ZU DEN OSTERMÄRSCHEN 2023

**Beschluss des Parteivorstands:** Stoppt den Krieg! Russische Truppen raus aus der Ukraine – Eskalation beenden: Verhandeln statt Waffenlieferungen, Zivile Alternativen zu Aufrüstung und Militarisierung

DIE LINKE ruft alle Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei auf, sich 2023 an den Ostermärschen und Aktionen der Friedensbewegung zu Ostern zu beteiligen.
Russland führt einen verbrecherischen Angriffskrieg. Die Lieferung von immer mehr und immer schwereren Waffen wird diese nicht beenden. Dieser Krieg ist zu einem grausamen Abnutzungskrieg geworden, in dem tagtäglich hunderte Soldaten auf beiden Seiten sterben. Das Sterben muss beendet werden. Der Gefahr einer weiteren Eskalation des Krieges über die Ukraine hinaus entgegengetreten werden.
Wir wollen eine starke Friedensbewegung auf die Straße tragen, die an der Seite der Angegriffenen steht, sich gegen Eskalation und Militarisierung stark macht, zivile Alternativen zur Aufrüstung aufzeigt und inhaltlich wie praktisch eine klare Kante gegen rechts zeigt. Für uns gilt der Schwur von Buchenwald, dass die Forderungen „Nie wieder Krieg“ und „nie wieder Faschismus“ zusammengehören. In dieser antifaschistischen Tradition steht unsere Partei.
Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und eine diplomatische Initiative für anschließende Friedensverhandlungen, zusammen mit europäischen und nicht-europäischen Staaten, z.B. Brasilien. Dadurch soll ein Rückzug der russischen Truppen erreicht, die Souveränität, territoriale Integrität und Sicherheit der Ukraine wiederhergestellt werden. Deeskalation bedeutet auch einen sofortigen Stopp der Waffenlieferungen und keine weitere Osterweiterung von NATO.
Dafür werden die Parteigliederungen aufgerufen, in demokratischen Bündnissen aktiv zu werden.
Die Bundesregierung verliert sich in einem militärischen Tunnelblick. Die vor einem Jahr von Bundeskanzler Scholz proklamierte „Zeitenwende“ ist die falsche Reaktion auf den Krieg. Die Welt bewegt sich auf eine neue Qualität konfrontativer Politik zu, in der Vormachtstellungen immer schneller auch mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden. Für die Bekämpfung der Klimakatastrophe, die nur mit internationaler Kooperation gelingen kann, eröffnet diese verschärfte Blockkonfrontation düstere Aussichten. Das Sondervermögen ist das größte Aufrüstungsprogramm seit dem Zweiten Weltkrieg. Der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius verlangt sogar, das Sondervermögen von 100 auf 300 Mrd. EUR zu erhöhen. NATO-Staaten sollen nach Vorstellungen einiger Politiker*innen zukünftig das 3-Prozentziel für Militärausgaben in den nationalen Haushalten anstreben. Mehr Waffen machen die Welt nicht sicherer. Im Gegenteil.
Initiativen zur Abrüstung im nuklearen und konventionellen Bereich und eine solidarische Weltwirtschaftsordnung sind Schritte hin zu einer friedlichen Welt. Dafür engagieren wir uns und gehen Ostern gemeinsam mit der Friedensbewegung im ganzen Land auf die Straßen und Plätze.

# STELLUNGNAHME DER BASIS

(Anm. d. Red.: Die Entscheidung über eine Veröffentlichung dieses Beschlusses haben wir dem Kreisvorstand übertragen. Der Kreisvorstand sprach sich nach intensiver Debatte und kritischer Würdigung des Beschlusses für dessen Veröffentlichung aus. Einen Satz über den ukrainischen Präsidenten haben wir aus juristischen Gründen gestrichen.)

In unserer letzten Parteiversammlung haben wir Argumente gesucht, warum man der Ukraine keine Waffen liefern soll. Das Land hat ja ein legitimes Recht, sich zu verteidigen. Die russische Armee ist in das Land widerrechtlich gegen das Völkerrecht eingedrungen. Das erfordert eigentlich, ein solches Land gegen den Aggressor zu unterstützen und auch mit Waffen gegen ein solch übermächtiges Land zu helfen.
Aber so einfach ist dies nicht, da die Ukraine zum Spielball russischer und westlicher imperialistischer Interessen geworden ist. Es geht nicht um einen Sieg der Ukraine, sondern um die wirtschaftliche und politische Aufspaltung der Russischen Föderation. Die Vorgeschichte, die zum Krieg führte, zeigt, dass die USA die Ukraine in den Konflikt getrieben hat, auch wenn sie (die Ukraine) nicht angegriffen hat. Das Minsker Abkommen wurde nicht eingehalten und der friedliche Zeitraum wurde zur Aufrüstung der Ukraine genutzt. Die deutsche Regierung drängt bis heute nicht auf Verhandlungen der Konfliktparteien. Es wurde auch angezweifelt, dass das politische System in der Ukraine das ist, was wir als System „westlicher bürgerlicher Freiheiten“ verstehen sollen.
Einige Auffassungen, warum die Bundesrepublik keine Waffen zur Verteidigung in die Ukraine liefern sollte (Reihenfolge stellt keine Wertung dar):
- Waffen helfen grundsätzlich nicht, einen Krieg zu beenden.
- Die politische Führung der Ukraine hat vor Kriegsbeginn im Februar 2022 nichts getan, um den Krieg zu verhindern. (...)
- Auch die Führung der Ukraine muss zu Verhandlungen gezwungen werden, z.B. als Bedingung für die Lieferung von militärischem Gerät. Waffenlieferungen hätten oder müssten an die Bedingung zur Verhandlungsaufnahme gebunden werden.
- Beide Länder müssen weiter existieren. Mit mehr Waffen besteht eine reale Gefahr für die Existenz der Länder und sogar für einen Atomkrieg.

Ein Problem bei einer solchen Diskussion ist, wie distanziert man sich gleichzeitig von der AfD, die oft gleichlautende Argumente hat. Der Hauptunterschied zur AfD ist der, dass diese Partei mit solchen Argumenten nur auf Stimmenfang für das Wählervolk geht. Sie verfolgt keine humanen und friedlichen Ziele für das ukrainische Volk. Die Ziele der AfD stehen denen der Linken diametral gegenüber.
*Andreas Engelmann*
*Stadtteilverband Groß Klein / Schmarl*

## UKRAINEKRIEG

# DER DOGMATISMUS DER REINHEIT

In Berlin haben zuletzt mehrere tausend Menschen für Frieden und eine diplomatische Lösung des Ukrainekriegs demonstriert. Ich selbst war nicht auf der Demonstration, und zwar aus mehreren Gründen. Die spielen hier aber keine Rolle. Auch geht es mir mit keiner Silbe um Sahra Wagenknecht, ihr Verhältnis zur Partei oder das Verhältnis der Partei zu ihr. Ich finde, dass ihre Person und der Rummel um sie ohnehin schon viel zu viel Raum einnehmen. Mehrere tausend Menschen sind auf die Straße gegangen. Um sie und um Teile der medialen Berichterstattung geht es mir in diesem Artikel.

Eine Sache ist mir besonders wichtig: Bei den Menschen, die zu dieser Demonstration gegangen sind, handelt es sich nicht um Anhänger einer neuen Querfront von rechts und links. Auch wenn es einzelne Bilder von der Demonstration gibt, auf denen eindeutig rechte Plakate, Magazine, Banner und Personen zu sehen sind, ist eine Sache ganz klar: Bei mehreren tausend Menschen steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Leute dabei sind, die eigentlich nicht mehr zum Spektrum aller anderen gehören. Ich selbst kenne es von größeren Demos, dass neben mir plötzlich Menschen aufgetaucht sind, die ich dort nicht erwartet hätte und deren rechte Gesinnung ich ablehne. Bestes Beispiel sind rechte Gruppen, die sich unter Klima- und Naturschutzdemonstrationen mischen. Was ist in diesen Situationen zu tun? Genau das, was Genossinnen und Genossen auf der Berliner Demonstration gemacht haben. Gemeinsam zeigt man diesen Leuten, dass sie und ihre rechte Meinung auf dieser Veranstaltung nichts zu suchen haben. So haben Genossinnen und Genossen den nachweisbar rechtsnationalen Jürgen Elsässer und seine Spießgesellen von der Demonstration gedrängt. LINKE Ordner:innen und Ordner haben, so gut es ihnen möglich war, rechte Plakate, Banner und Magazine eingesammelt, Platzverbote an Rechte und Neonazis erteilt. Insofern sind Versuche, die Demonstrierenden aufgrund einzelner Beobachtungen insgesamt als Querfront zu bezeichnen, durchschaubar und letztlich haltlos.

*Dr. Felix Baumert, Mitglied des Landesvorstandes und des Rostocker Kreisvorstandes*

Keine Demonstration mehrerer hundert oder tausender Menschen kann absolut rein sein und dennoch ehrlich im Anliegen. Das gilt insbesondere dann, wenn vorab keine klaren politischen Grenzen gezogen werden. Dennoch gilt: Ich bin davon überzeugt, dass die Mehrheit der Menschen in Berlin ehrlich für den Frieden ist, und sich schon seit Jahrzehnten dafür einsetzt. Ich finde es unanständig, diesen Menschen eine Kontaktschuld zu übertragen, weil auf der Demonstration natürlich auch Spinner und rechte Apologeten mitgelaufen sind, die nicht alle gefunden und des Platzes verwiesen werden konnten.

Ich plädiere anhand dieses Beispiels, aber auch grundsätzlich für DIE LINKE, dass wir wieder solidarischer miteinander umgehen. Es gibt Genoss:innen, die sind inhaltlich sehr nah bei mir. Es gibt Genoss:innen, deren Überzeugungen sind weiter entfernt, gehen doch aber in die gleiche Richtung. Ich möchte, dass wir das Vertrauen ineinander wieder stärken, dass unsere Schlagrichtung doch dieselbe ist. Ich möchte, dass wir der Sache des demokratischen Sozialismus wieder mehr Vertrauen entgegenbringen, in dem verschiedene Vorstellungen und Wege existieren sollen. Ich möchte, dass wir mit dem Dogmatismus der Reinheit Schluss machen, der verschiedentlich um sich greift. Solange folgende Dinge für uns die Grundlage sind: Internationale Solidarität, allgemeine Menschenwürde, Demokratie – dann können und müssen darin verschiedene Argumente miteinander streiten.

*Felix Baumert*

### Streiks in Kitas tun weh, aber sind wichtig

Die Linkspartei unterstützt die Streiks in den Kindertagesstätten und Kitas und steht solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten. Dazu erklärt der Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, Tobias Bank:

„Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung für die Beschäftigten in diesem wichtigen Sektor. Die derzeitige Situation ist unhaltbar und muss dringend verbessert werden. Die schlechte Bezahlung, kaputt gesparten Bildungseinrichtungen und der Umstand, dass Erzieher*innen ihre Ausbildung selbst bezahlen müssen, haben zu einem Mangel an qualifizierten Fachkräften geführt. Leidtragende sind die Familien und die Kinder. Dennoch ist der Streik, so weh er auch tut, dringend notwendig. Außerdem unterstützt DIE LINKE die Forderungen der Gewerkschaften nach einer Erhöhung der Löhne und einer besseren Finanzierung von Bildungseinrichtungen.

Es ist an der Zeit, dass die Beschäftigten in diesem Sektor angemessen bezahlt werden und dass Bildungseinrichtungen ausreichend finanziert werden. Es braucht zudem endlich Anreize, damit sich mehr Menschen für den Erzieherberuf interessieren und die Ausbildung dazu muss vom Staat finanziert werden.

Die Streiks in diesem Sektor sind ein Signal dafür, dass es dringend Veränderungen geben muss. Wir fordern, dass die Arbeitgeberseite und die Regierung die Forderungen der Beschäftigten ernst nehmen und gemeinsam eine Lösung finden, die die Qualität der Betreuung und Bildung unserer Kinder sichert.

Der Fachkräftemangel bei den Erzieher*innen war vor über zehn Jahren schon absehbar. Die vorherigen Bundesregierungen waren offensichtlich nicht in der Lage, in die Geburtenstatistik zu schauen und auszurechnen, wann mehr Erzieher*innen gebraucht werden. Damit haben die Verantwortlichen mit der Zukunft unserer Kinder gespielt. Es wird Zeit, das zu korrigieren.“

# POLITIK IST AUF DEN ERFAHRUNGSSCHATZ DER ÄLTEREN GENERATION ANGEWIESEN

Die Überschrift dieses Beitrags gibt eine Aussage auf dem XII. Altenparlament wieder, das am 20.10. 2022 in Schwerin tagte. Zwei Rostocker Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft Senior*innenpolitik nahmen als Delegierte der Partei DIE LINKE daran teil und konnten einen Eindruck gewinnen, inwieweit die Erfahrungen der Älteren und Alten ernsthaft durch die Landespolitik genutzt werden. Wohl konnten Leitanträge und Resolutionen mit ihren sozialpolitischen Forderungen der Vertreterin der Landesregierung übergeben werden, doch hängt ihre Verwirklichung von der Erhaltung einer friedlichen Welt ab. Diese Überzeugung teilen die Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft mit allen Älteren aufgrund der gemeinsam gemachten Lebenserfahrungen, wovon besonders die Generation, die Krieg und Nachkriegszeit erleben musste, besonders geprägt ist.

Im Arbeitsplan der LAG wurden deshalb neben den sozialpolitischen Forderungen, wie nach solidarischer Rente oder bezahlbarer Gesundheit und Pflege, als Schwerpunkt die Unterstützung von Friedens- und Abrüstungs-Initiativen beschlossen. Dabei ist uns klar, es wird nur gelingen, die in Gang gesetzte Aufrüstungsspirale zu durchbrechen, wenn es eine Aktionseinheit aller demokratischen Kräfte gegen die fortgesetzte und zunehmende Kriegsbeteiligung unseres Landes gibt. So selbstverständlich die Zusammenarbeit hierbei mit anderen demokratischen Parteien, mit Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen und Initiativen in gegenseitiger Achtung und Respekt ist, so selbstverständlich ist auch der achtungsvolle Umgang miteinander innerhalb unserer eigenen Organisation. In der Arbeitsgemeinschaft versuchen wir, den Erfahrungsschatz der Älteren zu nutzen und ihr Potential dem Landesverband und Kreisverbänden zur Verfügung zu stellen. Mit der Vorbereitung einer Seniorenkonferenz des Landesverbandes noch in diesem Jahr wollen wir einen konkreten Beitrag leisten zur Stärkung und Geschlossenheit unserer Partei, in der sich alle Mitglieder mit ihrem persönlichen Interesse aufgehoben und einbezogen fühlen.

Unter dem Eindruck der zunehmend einseitigen und eher desinformierenden Berichterstattung der Massenmedien, darunter selbst öffentlich-rechtliche Sender, bieten wir unseren jüngeren Mitgliedern die Unterstützung bei der politischen Bildung an, wofür gerade im Kreisverband Rostock günstige Bedingungen bestehen.

Wir wissen, einmal gemachte Erfahrungen und erworbene Kenntnisse sind immer wieder in der Praxis zu prüfen. Insofern sind wir auch eine lernende Gemeinschaft. Am 23. März wird eine Delegation der LAG an den Beratungen der Bundesarbeitsgemeinschaft in Hannover teilnehmen, um Rückschlüsse aus den Entwicklungen in anderen Bundesländern zu ziehen. Vor allem wird es jedoch um die Beteiligung an gemeinsamen Friedens-Aktionen gehen.

Ältere Genossinnen und Genossen werden sich an den Leitspruch erinnern „In der Frage um Krieg und Frieden lassen wir uns von Niemanden übertreffen!“

*Klaus Röber*
*Sprecher der LAG Senior*innenpolitik*

## Ruf nach Abschiebungen löst keine Probleme

„Schneller abschieben“ - das rufen CDU und AfD hierzulande fast täglich und meinen, damit seien die Probleme der Flüchtlingsunterbringung gelöst. Die Herkunftsländer Russland, Ukraine, Afghanistan, Syrien oder Irak sind allesamt keine friedlichen Regionen für Schutzsuchende. Zu Abschiebungen in Kriegs- oder Bürgerkriegsregionen als auch in Länder, in denen Verfolgung droht, sagen wir ganz klar: Nein!

Dass von rund 4.800 so genannten Ausreisepflichtigen etwa 4.500 den Status einer Duldung haben, wird bei CDU und AfD verschwiegen. Diese Duldungen werden nicht zum Spaß erteilt, sondern aufgrund von tatsächlichen bzw. rechtlichen Gründen, welche eine Abschiebung verhindern.

Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag geht hervor, dass in Mecklenburg–Vorpommern Ende 2022 4.816 Ausländer mit abgelehntem Asylantrag ausreisepflichtig waren, die meisten von ihnen, 694, nach Russland.

www.linksfraktionmv.de

# DREH'S AUF LINKS!

Neumitgliederkampagne DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern befindet sich in stürmischem Fahrwasser. Das zeigt sich ganz praktisch, wenn man sich die Mitgliederentwicklung anschaut. Genossinnen und Genossen versterben oder treten aus. Beides zerrt und zehrt an der Partei und ihrer Struktur. Um der Ehrlichkeit mit einem Verhältnis das Wort zu geben: Knapp die Hälfte unserer Genossinnen und Genossen in Mecklenburg-Vorpommern ist älter als 71 Jahre.
Uff – als mir das Ergebnis aus der Mitgliederdatenbank ausgegeben wurde, habe ich auch erst einmal geschluckt. Zwei Jahre Corona, andere Schwerpunktsetzungen und die aktuelle Krise der Partei – alles sind Gründe, die diese Entwicklung erklären können. Der Trend geht eindeutig in Richtung Schrumpfung der Partei.

**Neuer Schwung im Landesvorstand**

Viele Mitglieder im aktuellen Landesvorstand haben in ihren Bewerbungsreden die Bedeutung der Mitgliedergewinnung betont. Als Landesvorsitzende ist dieses bewegende Thema zu einem Schwerpunkt meiner Bewerbung und auch der aktuellen Arbeit geworden. DIE LINKE muss jünger werden und auch weiblicher.
So frappierend die Mitgliederanalyse auch sein mag, der Landesvorstand wird sich dem Trend nicht ergeben. Gemeinsam mit allen Kreisverbänden werden wir noch 2023 eine Neumitgliederkampagne starten. Wir haben uns dazu entschieden Menschen zwischen 18 und 35 Jahren, insbesondere Frauen anzusprechen. Außerdem soll die Kampagne zunächst in den Oberzentren, also Rostock, Stralsund, Greifswald, Neubrandenburg und Schwerin starten. Denn gerade dort ist unsere Zielgruppe besonders häufig anzutreffen. Und, ein wichtiger Punkt, dort haben wir noch Strukturen, die neue Mitglieder aufnehmen und integrieren können. Diese Strukturen wollen wir stärken, damit von dort aus politische Arbeit auch wieder in die Fläche wirken kann.

**2023 – Das Jahr der Mitgliedergewinnung**

Ja, der Landesvorstand wird mit der Kampagne in der Mitgliedergewinnung aktiv. Doch eines ist klar: Der beste Weg, um Menschen von uns zu überzeugen, ist immer noch das persönliche Gespräch. Menschen lesen (vielleicht) Programme, aber nur Menschen überzeugen Menschen. Daher rufen wir das Jahr 2023 zum Jahr der Mitgliedergewinnung aus, und zwar überall und für jede Altersgruppe.
Während sich die Kampagne des Landesverbandes also auf eine bestimmte Zielgruppe und Regionen konzentriert, sind wir alle, jede Genossin und jeder Genosse aufgerufen, in ihrem Umkreis mit Menschen zu sprechen, Menschen zu überzeugen. Wenn wir diese beiden Wege mutig gehen und miteinander verbinden, dann – da bin ich überzeugt – haben wir die Möglichkeit, 2023 den Trend zu drehen.
Mit Optimismus, mit Leidenschaft in der Sache und solidarischem Miteinander auch bei inhaltlichen Differenzen – damit können wir Menschen überzeugen. Und zwar hier bei uns vor Ort, fernab der großen Politik mit ihren Trends und Dynamiken. Wenn Du also schon seit Jahren eine tolle neue Idee für eine Veranstaltung hast, es bisher aber an Mitteln oder Mitstreiter:innen gefehlt hat, dann melde Dich bei Deinem Kreis- oder beim Landesvorstand. 2023 kann das Jahr werden, wo wir Deine Idee gemeinsam umsetzen. Mit Euch und den Menschen, die wir gewinnen, wollen wir Deutschland, Mecklenburg-Vorpommern und Rostock auf links drehen. Werde aktiv, das hilft übrigens auch gegen das eigene Gefühl der Ohnmacht.
*Vanessa Müller, Co-Landesvorsitzende*

# WARUM EIGENTLICH (NOCH) DIE LINKE?

Wenn ein einzelner Parteiaustritt schmerzt, dann erleben wir alle gemeinsam in den letzten Monaten ziemliche Qualen. DIE LINKE ist von knapp 61.000 auf nunmehr noch 54.000 Mitglieder geschrumpft. Und man bekommt den Eindruck, dass es mittlerweile mehr Menschen mit mehr oder minder konkreten Austrittsgedanken gibt, als aktive Parteimitglieder. Ich möchte hier einmal beschreiben, warum ich eigentlich noch in der Partei bin und es auch bleiben werde. Vielleicht motiviere ich damit andere, einmal zu formulieren, warum auch sie bleiben. Außerdem möchte ich versuchen, dem Eindruck etwas entgegenzusetzen, DIE LINKE befände sich schon in Auflösungserscheinungen.
Alles erscheint gerade schwierig. Die Partei ist in einer derartigen Stresssituation, dass selbst Kleinigkeiten das Ganze ins vermeintlich letzte Wanken bringen. Was der Partei als Ganzes passiert, spüren wir aber – und ganz anders – auch persönlich. Es stresst, ständig im Mittelpunkt der Medien zu stehen. Es nervt, ständig von einzelnen Verfehlungen zu lesen. Es stört, dass das Verhalten einzelner ständig auf die Partei bezogen wird. Es stößt ab, wie Genossinnen und Genossen teils miteinander umgehen. Und es stellt sich die Frage: Warum das eigentlich alles noch?
Meine Antwort ist hier ganz klar: Erstens, solange es noch eine einzige Genossin oder einen einzigen Genossen gibt, die oder der ehrlich für die Belange der Nichtgehörten kämpft, der unter dem Kapitalismus Leidenden und der Anhänger:innen der Vision einer besseren Welt, werde ich auch weiter kämpfen. Wir haben so viele so tolle Genossinnen und Genossen in der Partei, die alle ehrlich und überzeugt politisch arbeiten. Sie leiden genauso wie viele

und auch wie ich an der aktuellen Situation. Damit sie sich und wir uns nicht allein fühlen und uns individuell in Kämpfen aufreiben, mache ich weiter. Damit wir uns gegenseitig versichern können, mache ich weiter. Damit wir diese Phase gemeinsam durchstehen können, mache ich weiter. Ja, es ist eine schwierige bisweilen gefühlt unhaltbare Situation. Trotzdem mache ich weiter. Denn es gibt nur eine Weise, auf die aktuelle Krise überstehen können: gemeinsam. Und gemeinsam bedeutet nicht dogmatisch rein. Gemeinsam heißt, wirklich solidarisch miteinander sein. Gemeinsam heißt, darauf vertrauen, dass auch andere für die gleiche Sache streiten. Und zwar auch dann, wenn ihre Ansätze andere sind. Gemeinsam heißt, ehrlich miteinander umgehen.

Zweitens, kämpfe ich weiter für eine gerechte Welt und für eine sozialistische Zukunft. Das geht nur bei der LINKEN. Denn: verschwindet DIE LINKE, dann verschwindet aus der Parteienlandschaft die letzte Hoffnung auf diese Vision. Ich verstehe, dass viele – und das gilt natürlich nicht nur für Genoss:innen – ein Ohnmachtsgefühl befällt. Selten zuvor erschienen diese unsere Ziele weiter entfernt oder illusorischer. Der Eindruck besteht, dass wir – klein wie wir sind – ohnehin nichts mehr ausrichten können. Die Entscheidungen über Krieg und Frieden oder über das Wohl und Wehe einer gesellschaftlichen Zukunft werden woanders und von anderen getroffen. Doch niemand kann uns dieses Ohnmachtsgefühl nehmen, außer uns selbst. Es liegt an uns, an Dir und mir, aktiv zu werden. Das mache ich in Parteigremien, an der Basis, im Gespräch mit Genoss:innen, am Stand und überall, wo es eine überzeugte Stimme für den Sozialismus braucht. Daher lade ich alle vermeintlich Ohnmächtigen ein: Organisiert euch, plant und setzt Aktionen um, und zwar auch wenn es „nur“ ein einfacher Stand, eine vermeintliche „Kleinigkeit“ sei. Mit Erich Kästner: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!

*Felix Baumert*

# LNG-TERMINAL VOR RÜGEN

Im Mai 2022 brachte die Bundesregierung ein *Gesetz zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases (LNG-Beschleunigungsgesetz - LNGG)* auf den Weg, um zügig eine LNG-Infrastruktur alternativ zum Erdgas aufzubauen. Ziel sollte sein, der Abhängigkeit von russischem Gas entgegenzuwirken. Geplant ist in diesem Rahmen auch ein LNG-Terminal vor der Insel Rügen, gegen das sich nun starker Widerstand von regionaler Politik und Wirtschaft, Umweltverbänden, sowie weiten Teilen der Bevölkerung regt. Hierzu erklärt **Helmut Scholz**, Mitglied von DIE LINKE im Europäischen Parlament, seit Jahren auch Ansprechpartner für Mecklenburg-Vorpommern:

„Die Abkehr von Erdgas als fossilem Energieträger ist ein richtiger und dringend notwendiger Schritt, gerade auch aus vorranging aus Russland importierten Mengen um aus der Abhängigkeit anderer Staaten zu kommen. Es ist vor allem aber notwendig, um die vereinbarten Klimaziele zu erreichen. Die Diversifizierung von Gasimporten ist das eine, aber die Umstellung auf LNG in solch hohen Mengen, wie von der Bundesregierung geplant, unterläuft das eigentliche Ziel dieses Anliegens. Die mit dem Beschleunigungsgesetz bekräftigten wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen konterkarieren umweltpolitische Aspekte: Eine normalerweise durchzuführende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vor Planung solcher Vorhaben wird außer Kraft gesetzt. Deshalb muss auf EU-Ebene nachgebessert werden: Die EU-Richtlinie, die die UVP regelt, aber Ausnahmen gewährt, ist klar und eindeutig zu schärfen – Klimaschutz ist zum verpflichtenden Standard bei jeglichen in die Umwelt eingreifenden Infrastrukturmaßnahmen zu machen.“

Helmut Scholz weiter: „Auch gesamtvolkswirtschaftliche Abwägungsprozesse im Rahmen einer stark vom Tourismus abhängigen betroffenen Region scheinen im Fall der geplanten Ostsee-LNG-Terminals missachtet zu sein. Der Schaden für die lokale Wirtschaft auf Rügen und all jene Menschen, die von dieser leben, wird nur schwer rückgängig zu machen sein.“

„Ich fordere die EU-Kommission auf, ihre Position zu den von der Bundesregierung vorgelegten Gründen für die Aussetzung einer Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Errichtung der LNG-Terminals deutlich und argumentativ zu benennen und öffentlich zugänglich zu machen“, so der Abgeordnete.

„Gerade bei den jüngst angekündigten und planerisch intensiv vorangetriebenen LNG-Terminals, wie dem vor der Insel Rügen, sind EU-Kommission und Bundesregierung gefordert, die massiven Eingriffe in das Ökosystem des Ostseeraums zu begründen. Denn mittlerweile verweisen Studien darauf, dass die geplanten Terminals zu einer Überkapazität an LNG führen werden und die schon heute höchst sensible Ökosystembalance in der Region durch die Verlegung notwendiger neuer Pipelines durch den Greifswalder Bodden zerstört werden dürfte. Ebenso ist Polen in die UVP einzubeziehen, da das von RWE geplante Terminal in gerade mal 60 km Luftlinie von der polnischen Grenze liegen wird.

Solange alle diese Aspekte nicht geklärt sind, bzw. keine tiefergehende Prüfung der Auswirkungen auf Umwelt und Menschen vor Ort stattgefunden hat, sind weitere Planungen zum LNG-Terminal vor Rügen zu stoppen“.

# WAHLRECHTSREFORM: MAN WILL DIE LINKE OPPOSITION AUSSCHALTEN

Der Deutsche Bundestag ist das größte frei gewählte Parlament weltweit. Eine Wahlrechtsreform zur Verkleinerung ist überfällig, da sind sich alle einig. Darüber, wie diese konkret aussehen sollte, gehen die Meinungen in den Fraktionen jedoch auseinander. Der neueste Entwurf der Bundesregierung sieht unter anderem vor, die sogenannte Grundmandatsklausel zu streichen. Damit würde der erneute Einzug von regional starken Parteien wie der LINKEN oder der CSU in den Bundestag deutlich erschwert. Der Gesetzentwurf soll am Freitag beschlossen werden.

„Ein XXL-Bundestag ist weder finanziell noch qualitativ zu rechtfertigen. Dass die Ampel Anlauf für eine Reform nimmt, ist begrüßenswert“, sagt Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. „Bei dem Weg, den sie beschreitet, geht es aber weniger um eine Reform, sondern mehr um eine Absicherung der eigenen Ampel-Macht.

Ich sage, mit der Demokratie spielt man nicht. Die faktische Abschaffung der Grundmandatsklausel ist ein offener Anschlag auf meine Partei und schadet der ohnehin schwachen Repräsentation Ostdeutschlands. Wir werden den Gang nach Karlsruhe nicht scheuen. Es gibt Alternativen zu den Plänen der Ampel, meine Fraktion hat sie in der Vergangenheit vorgeschlagen.“

Auch Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, kritisiert: „Diese Wahlrechtsreform steht unter dem Titel ‚Weniger Demokratie wagen‘ und das ist gerade in diesen Zeiten so ziemlich das Schlechteste, was man machen kann. Die Streichung der Grundmandatsklausel ist ein direkter, offener Anschlag auf die Partei DIE LINKE. Man will hier die linke Opposition mittels Wahlrechts ausschalten. Das werden wir mit allen politischen Mitteln bekämpfen.“

Susanne Hennig-Wellsow führt aus: „Wenn die ‚Grundmandatsklausel‘ gestrichen wird, kann über die ‚Sperrklausel‘ nicht geschwiegen werden. Denn mit der Streichung kann sich folgendes Bild ergeben: Eine Partei gewinnt 32 Direktmandate, scheitert aber an der Fünf-Prozent-Hürde. Dann würden diese 32 Personen nicht in den Bundestag einziehen, obwohl 32 Abgeordnete 5 Prozent der Mitglieder des Bundestages bei einer Größe von 630 Abgeordneten ausmachen. Erkennbar wäre dies nicht vereinbar mit dem angeblichen Sinn und Zweck der Sperrklausel.“

Bislang reichte es aus, Wahlkreisbeste zu sein, um in den Bundestag einzuziehen. Nach dem Entwurf der Ampel könnten durch Zweitstimmen gedeckte Erststimmen von Wahlkreisbesten nicht zum Mandat führen, obwohl die grundlegende Bedingung - die Zweitstimmendeckung - gegeben ist. Es gibt in der Folge nicht eine Bedingung für Wahlkreisbeste, sondern zwei Bedingungen. „Damit ist die Chancengleichheit nicht gewahrt. Weder braucht es die Sperrklausel, um die Handlungsfähigkeit des Parlaments zu gewährleisten, noch ist sie rechtlich zwingend. Im Verfassungsgebungsprozess wurde sie explizit abgelehnt. Wenn die Grundmandatsklausel gestrichen wird, dann müsste auch Sperrklausel fallen.“

# MINDESTLOHN AN INFLATION ANPASSEN

„Die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns muss nicht allein, aber natürlich auch wegen der hohen Inflation diskutiert werden. Zudem sollte für eine angemessene Entwicklung des Mindestlohns nicht nur die Tariflohnentwicklung als Orientierung dienen, sondern auch die allgemeine Lohnentwicklung. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit die aktuelle Höhe des Mindestlohns bei Beschluss angemessen war“, kommentiert Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, die Forderung des Sozialverbandes Deutschland nach einer Erhöhung des Mindestlohns auf 14 Euro. Ferschl weiter:

„Die Lageeinschätzungen hierzu, die Verbände und die Wissenschaft der Bundesregierung bis heute übermitteln können, sollten nicht allein im stillen Kämmerlein der Mindestlohnkommission gelesen werden können, sondern transparent der breiten Öffentlichkeit und Fachwelt zur Verfügung stehen – wie dies beispielsweise bei Stellungnahmen von Verbänden und Wissenschaft für Anhörungen im Deutschen Bundestag selbstverständlich ist. Sie sollten zeitnah auf der Seite der Mindestlohnkommission einsehbar sein – genauso wie die Termine, an denen die Mindestlohnkommission tagt und zu denen die Lageeinschätzungen eingegangen sein sollen.

Ein Blick auf die Seite der Mindestlohnkommission zeigt, dass dies nicht der Fall ist. Das ist kurzfristig zu ändern, um eine breite Debatte zu ermöglichen. Die Lageeinschätzungen sollten auch auf der Seite des Bundestages zeitnah einsehbar sein, wie es bei Stellungnahmen für Anhörungen längst gängige Praxis ist. Nur so ist Transparenz und damit eine fundierte und demokratische Diskussion des gesetzlichen Mindestlohns möglich. Dass das nicht längst der Fall ist, ist eine gravierende politische Fehlentwicklung.“

Vor 20 Jahren stellte Schröder die Agenda 2010 vor

**Der Genosse der Bosse und seine Sozialreform**

# GANZ LINKS IM BUNDESTAG - DIE FRAKTION DIE LINKE

Politik muss für die Menschen gemacht werden und nicht für Konzerne, Unternehmen und Reiche! Um jegliche Abhängigkeit und vermeintliche Verpflichtung gegenüber etwaigen Geldgebern zu vermeiden, nimmt DIE LINKE. – als einzige Partei – keine Spenden von Unternehmen an. Wir gehen Lobbyisten nicht in die Falle.

Auch von der Ampel wird der Anspruch – Politik für die Menschen zu machen – immer wieder unterlaufen. Ein ganz aktuelles Beispiel ist die Energiepreisbremse – kommuniziert als Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Aber nun knallen bei den Konzernen die Sektkorken. Ein garantierter Preise von 40 Cent für die Kilowattstunde Strom und 14 Cent für Gas hat die Bundesregierung den Energieunternehmen als Geschenk gegeben. Und für diejenigen, die die Hilfen am nötigsten haben, war das alles nicht wirklich so hilfreich, wie versprochen.

DIE LINKE. hat im Bundestag eine spürbare Entlastung gefordert, die sogar klimapolitische Ziele beinhaltete.

DIE LINKE. fordert ein gefördertes Grundkontingent pro Kopf an Strom und Gas. Alles, was darüber hinaus verbraucht wird, ist teurer und subventioniert damit den Grundverbrauch. So würden Vielverbraucher an der Finanzierung der Energiepreisbremse beteiligt. Außerdem fordern wir, dass es für Härtefälle bei kommenden Nebenkostenabrechnungen einen Härtefallfonds gibt, aus dem Unterstützungen geleistet werden können. Und dass wir die Einzigen sind, die ernsthaft nach einer Übergewinnsteuer für die Energiekonzerne rufen, ist seit langem klar. Denn Krisenprofiteure müssen endlich einen gerechten Anteil an den öffentlichen Finanzen tragen. So passiert es fast überall in Europa, warum nicht in Deutschland?

Und ein anderes Problem besteht immer noch, ohne das groß darüber geredet wird. Die Lebensmittelpreise steigen weiterhin mit einer Inflation von über 20%. Hier hilft nur zupackende Politik. Seit einem Jahr fordern wir, dass die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel ausgesetzt werden muss. Im Juni 2022 wurde das von der Ampel abgelehnt. Und drüber hinaus muss den Handelskonzernen endlich Einhalt geboten werden. An deren Spitze finden wir inzwischen die reichsten Deutschen. Und warum? Weil sie ungehindert an der Preisschraube drehen und sich hemmungslos bereichern. Keine Preisaufsicht, wie von den Linken gefordert, keine Kartellbehörde weit und breit, die dem Einhalt gebietet. Wir werden weiter für die Menschen Politik machen, versprochen!

*Ina Latendorf*

# DIE AGENDA 2010

Sozialabbau hat einen Namen: Agenda 2010. Am 14. März 2003 präsentierte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder dieses Programm zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Der Bogen wurde weit gespannt. Von Zuzahlungen, Praxisgebühr, Streichungen im Leistungskatalog der Krankenkassen über die Senkung des Spitzensteuersatzes und der Unternehmenssteuern sowie über die diversen „Hartz"-Gesetze bis hin zu Verschlechterungen bei der Rente.

Die Agenda 2010 steht für soziale Grausamkeiten. Rot-Grün hat die sozialen Sicherungssysteme nicht wie versprochen zukunftssicher gemacht, sondern ausgehöhlt. Die Unsicherheit und die Angst vor dem Absturz wurden mit der Agenda-Politik bis weit in die Mittelschichten hineingetragen. Gesundheit hängt immer mehr vom Geldbeutel ab. Hartz IV ist Armut und Demütigung per Gesetz. Verschärfte Zumutbarkeitskriterien und Sanktionen zwingen Erwerbslose, jede Arbeit zu noch so schlechten Bedingungen anzunehmen. Die Angst vor dem schnellen sozialen Abstieg schwächt die Position der Beschäftigten.

Die Folge: Die soziale Spaltung wächst. Trotz zuletzt günstiger konjunktureller Entwicklung bleiben Niedriglöhne, Armut und mangelnde gesellschaftliche Teilnahme für die Mehrheit eine traurige Alltagserfahrung. Im Zuge der der Agenda 2010 ist die Zahl derer, die zum Niedriglohn arbeiten müssen und die Zahl der Menschen, die sich ohne Perspektive mit Leiharbeit, Befristungen oder Minijobs begnügen müssen, rasant angestiegen. Lohndumping und sinkende Einkommen schwächen die Binnennachfrage. Das ist auch wirtschaftspolitisch unsinnig.

Immerhin sorgt die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro zum Oktober 2022 dafür, dass sich die materielle Situation vieler Beschäftigter verbessert. Laut Statistischem Bundesamt profitieren über 7 Millionen Menschen davon. DIE LINKE hat lange dafür gekämpft.

Die Forderungen von DIE LINKE gehen jedoch weit darüber hinaus:

- Gerechtigkeit durch Umverteilung: Wir wollen ein Zukunftsprogramm: Es fehlen Kita-Plätze, Schulen, öffentliche Dienstleistungen, die Infrastruktur muss verbessert werden. Mit einem Zukunftsprogramm wollen wir die Versorgung der Bevölkerung verbessern, Massenerwerbslosigkeit bekämpfen und den Sozialstaat wieder stärken. Im Gegenzug müssen Vermögende, Konzerne und Finanzinstitutionen endlich einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten.
- Gute Arbeit als Ziel: Gute Arbeit heißt gute Löhne, Sicherheit und Planbarkeit, Mitbestimmung und starke Gewerkschaften und gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen.
- Mehr Solidarität im Gesundheitswesen: Eine Solidarische Gesundheitsversicherung und ein umfassender Versorgungsanspruch für alle Menschen - so muss die Zukunft im Gesundheitswesen aussehen.
- Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung: Alle Erwerbstätigen sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Die gesetzliche Rente soll den Lebensstandard im Alter sichern und vor Armut schützen. Der Solidarausgleich soll gestärkt und eine Mindestrente eingeführt werden.
- Hartz IV: Hartz IV muss weg. Stattdessen soll eine bedarfsdeckende, individuelle und sanktionsfreie Mindestsicherung eingeführt werden, die vor Armut schützt.

www.linksfraktion.de

# HANS MODROW (1928-2023)

Hans Modrow ist tot. Er starb am 10. Februar 2023 nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 95 Jahren in einem Berliner Krankenhaus.

Hans Modrow war ein kämpferischer Sozialist und konsequenter Antifaschist. Er war Internationalist aus tiefster Überzeugung. Bis ins hohe Alter war Hans Modrow politisch aktiv. Er war ein beharrlicher und unbequemer Mahner, der notwendige Wahrheiten auch dann noch aussprach, wenn andere längst schwiegen. Der Kampf für den Frieden, für Völkerverständigung und sozialen Fortschritt waren der Inhalt seines politischen Lebens. Er brauchte die Partei als Gemeinschaft Gleichgesinnter.

Seinen Genossen und Freunden wird Hans Modrow als bescheidener, integerer und kulturvoller Mensch in Erinnerung bleiben. Hans Modrow wurde am 27. Januar 1928 in einem kleinen Dorf in Vorpommern geboren. Als 17-jähriger wurde er zum Volkssturm eingezogen, dem letzten verzweifelten Versuch des Hitler-Regimes, die unvermeidliche militärische Niederlage im Zweiten Weltkrieg hinauszuzögern. In sowjetischer Gefangenschaft hatte er die Möglichkeit, eine Antifa-Schule zu besuchen. Die Erfahrungen des Krieges und des Nachkrieges prägten ihn und bestimmten sein ganzes weiteres Leben. »Es mag an den eigenen Erlebnissen aus Kindheit und Jugend liegen, wenn uns, die ältere Generation in den Reihen der Partei, die Fragen von Krieg und Frieden so stark bewegen«, erklärte Hans Modrow im Februar 2019 auf dem Parteitag der LINKEN in Bonn.

Nach seiner Rückkehr in die sowjetische Besatzungszone 1949 arbeitete Hans Modrow zunächst in seinem erlernten Beruf als Maschinenschlosser. Er wurde Mitglied der SED und der FDJ und übernahm erste Funktionen.

Hans Modrow nutzte alle Bildungsmöglichkeiten, die sich ihm boten – ein Studium an der Komsomolhochschule in Moskau (1952-1953), ein Fernstudium an der Parteihochschule »Karl Marx« der SED (1954-1957) und ein Fernstudium an der Hochschule für Ökonomie Berlin »Bruno Leuschner« (1959-1961). 1966 wurde er zum Dr. rer. oec. promoviert.

1954 wurde Hans Modrow Mitglied der Bezirksleitung Berlin der SED und 1958 Mitglied der Volkskammer. Von 1967 bis 1989 war er Mitglied des Zentralkomitees der SED. Von 1973 bis 1989 war Hans Modrow als Erster Sekretär der Bezirksleitung der SED in Dresden tätig.

Auch in der Bundesrepublik war man früh auf den jungen Funktionär im anderen deutschen Staat aufmerksam geworden. Seit 1958 wurde er vom Bundesnachrichtendienst und seit 1965 vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz wurde erst 2013 beendet. Noch in seinen letzten Lebenstagen arbeitete Hans Modrow an einem Manuskript, das sich mit dieser Episode der deutschen-deutschen Geschichte befasste. Das Buch wird postum in der edition ost erscheinen.

*Hans Modrow war vor einigen Jahren auf Einladung des Kreisvorstandes in Rostock zu Gast. Hier im Gespräch mit Prof. Wolfgang Methling und Michael Schmidt*

Nicht nur in den Westmedien galt er ab Mitte der 1980er Jahre als »Hoffnungsträger« und interner Kritiker der Partei- und Staatsführung in der DDR. Er war ein Hoffnungsträger im besten Sinne des Wortes – mit seinem Namen verband sich die Hoffnung auf einen erneuerten Sozialismus in einer erneuerten DDR. Als er im November 1989 das Amt des Ministerpräsidenten der DDR übernahm, sah er sich mit einer Vielzahl nahezu unlösbarer Aufgaben konfrontiert. Doch er stellte sich diesen Aufgaben mit scheinbar unerschöpflicher Energie. Sein größtes Verdienst war es, an entscheidender Stelle dazu beigetragen zu haben, dass der Wendeherbst 1989 unblutig verlief.

Früher als andere erkannte er, dass die DDR trotz aller Bemühungen keine Zukunft hatte. Mit seinem Plan »Für Deutschland, einig Vaterland« enttäuschte er im Februar 1990 viele seiner Genossen, doch er sah sich in der Pflicht, seinen Beitrag dafür zu leisten, dass die Bürger der DDR in einem künftigen vereinten Deutschland gleichberechtigt ihren Platz finden würden.

Der Parteitag der PDS im Februar 1990 wählte ihn zum Ehrenvorsitzenden der Partei, eine Funktion, die er bis zur Gründung der Partei DIE LINKE behielt und die er als Verpflichtung verstand, vor allem mit der Kraft des Wortes Einfluss auf die Geschikke seiner Partei zu nehmen.

Für die PDS wurde Hans Modrow im März 1990 in die Volkskammer gewählt. Mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 3. Oktober 1990 wurde er Mitglied des Bundestages. Von 1999 bis 2004 war er Mitglied des Europäischen Parlaments.

Nicht erst seit dieser Zeit besaß Hans Modrow vielfältige persönliche Kontakte in alle Welt. Diese Kontakte waren ihm außerordentlich wichtig, denn er war von der Notwendigkeit der Verständigung zwischen den Nationen überzeugt. Besonders in Kuba war er stets ein gern gesehener Gast. Doch er hatte auch enge Kontakte nach Japan, Russland, Tschechien, den beiden Koreas und nach China. Überall dort wurde er als Gesprächspartner geschätzt und gewürdigt, was sich nicht zuletzt in der Verleihung von zahlreichen höchsten Auszeichnungen durch seine Gastgeber zeigte, so beispielsweise durch den japanischen Kaiser.

Es gab in der Geschichte der PDS und der Partei DIE LINKE keinen Parteitag, auf dem Hans Modrow nicht das Wort ergriff, als Ehrenvorsitzender oder später als Vorsitzender des Ältestenrates. Er mahnte die Partei immer wieder, die Friedensfrage in den Mittelpunkt ihres Handelns zu stellen. Er sprach von der Verantwortung gegenüber den sozial Schwachen, deren Interessenvertreterin DIE LINKE in erster Linie sein müsse. Er rief auf zum Kampf gegen Faschismus und Neofaschismus. Und er erinnerte immer wieder an die besondere Verpflichtung der PDS und der LINKEN gegenüber dem Osten Deutschlands.

Hans Modrow ist gestorben. Die deutsche und internationale Linke ist ärmer geworden.

*R. Friedmann, www.links-bewegt.de*

# TERMINE

| WANN? | WO? | WAS? |
|---|---|---|
| Sa., 13.5., 10.00 Uhr | Bergen/Rügen | Landesparteitag |
| Mo., 3.4., 18.00 Uhr | Geschäftsstelle | Sitzung des Kreisvorstandes HRO |

# ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

## Drohende türkische Invasion und Erdbebenkatastrophe

**Anja Flach zur Situation in den kurdischen Selbstverwaltungsgebieten**

Die kurdischen Selbstverwaltungsgebiete u.a. in Rojava, Şengal und Maxmur sind stark von der Erdbebenkatastrophe betroffen. Statt Hilfe sind die Kurd*innen weiter Angriffen und drohender militärischer Invasion der Türkei ausgesetzt.
Anja Flach, Mitarbeiterin der Informationsstelle Kurdistan (ISKU) in Hamburg, Internationalistin und Autorin wird am 30.03. um 19:00 Uhr im Peter-Weiss-Haus Rostock über die aktuelle Situation der Kurd*innen berichten.
Die Bevölkerung in Maxmur (kurdisch Mexmûr) ist zumeist aus der Türkei geflüchtet, vor Terror und Verfolgung. Als größte Flüchtlingsgemeinschaft weltweit sind sie Teil der kurdischen Bewegung, die wie auch in Rojava und Shengal, versuchen in ihrem selbstverwalteten Flüchtlingscamp ein Gesellschaftsmodell aufzubauen, das sich an den Werten des Menschseins orientiert, basisdemokratisch, gleichberechtigt und zukunftsweisend. Immer wieder wird versucht sie zu vertreiben, 2014 von den Terrorgruppen des „Islamischer Staat“, seit 2017 durch Angriffe des türkischen Militärs zum Teil mit Unterstützung des Iraks. Seit 2022 intensiviert die Türkei die Angriffe und eine dauerhafte Invasion droht. Zudem sind kurdischen Gebiete stark von der Erdbebenkatastrophe betroffen. Doch das türkische Militär stoppt trotz der sich dadurch zusätzlich verschärfenden humanitären Situation nicht ihre Angriffe. Anja Flach begleitet als Internationalistin, Autorin und Mitarbeiterin der Informationsstelle Kurdistan (ISKU) in Hamburg seit vielen Jahren die kurdischen Bewegungen. Sie wird über die aktuelle Situation in den kurdischen Selbstverwaltungsgebieten berichten.
Die Veranstaltung ist Teil der Ausstellung von Bildern von Künstler*innen aus dem Flüchtlingscamp Maxmur, die vom 27.3. bis zum 21.4. im Peter-Weiss-Haus gezeigt wird. Im Flüchtlingslager Mexmûr leben mehr als 12.000 Menschen. Die meisten von ihnen waren in den 1990er Jahren aufgrund der Repression des türkischen Staates ihre Dörfer in der Botan-Region in Nordkurdistan zu verlassen. Nach einer mehrjährigen Odyssee und Aufenthalten in verschiedenen Camps haben sie 1998 am Rand der Wüste das Lager Mexmûr gegründet. Die Campbevölkerung bildet damit die größte kurdische Flüchtlingsgemeinschaft weltweit. Offiziell steht Mexmûr unter dem Schutz des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen (UNHCR), die allerdings nur noch nominell präsent sind. Die Organisation verließ das Lager bei den Angriffen der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) im Jahr 2014 und kehrte danach nicht mehr zurück.

Peter-Weiss-Haus, Kartenraum
Doberaner Str. 21, 18057 Rostock
30.03.2023, 19:00 - 21:30 Uhr

Am 31.1.2023 haben wir Abschied genommen vom Genossen Horst Baltrock und ihn zur letzten Ruhe gebettet. Er hat uns nicht nur viele Jahre begleitet, er war aktives Mitglied der Linkspartei nach 1990 in Rostock und in der Südstadt. Hier organisierte er ein aktives und interessantes politisches Leben der Bildung und des gemeinsamen Handelns. Aus den langen Lebenserfahrungen wurde die Erhaltung des Friedens die wichtigste Aufgabe seines Wirkens. Besonders hier benannte er zu jeder Zeit die, die den Frieden in der Welt störten und klagte sie an.

In stürmischen Zeiten war Horst nicht nur feste unbeugsame Stütze, sondern auch ein Vorbild. In den über 90 Jahren seines Lebens als Offizier der NVA und viele Jahre als Mitarbeiter der Deutschen Seereederei in Moskau und Leningrad sammelte er Erfahrungen und Kenntnisse in der ständigen Auseinandersetzung und im Kampf um eine bessere Welt. Unsere Trauer ist zugleich eine Freude, dass wir zusammengewesen sein konnten.

Die Leitung des Stadtteilverbandes Südstadt
i.A. Günter Walther


## IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Domstr. 5, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)


## LYRIK

Messerscharfe Kritiker *(von Jürgen Riedel)*

Tafeln klagen an:
Bundesregierung
tischt Lüge vom Sozialstaat auf
ist nicht nur eine Prise
schuldig an versalzener Armut

Kirchenmaus *(von Jürgen Riedel)*

immer mehr grau huschendes Elend
kirchturmhohes Ausmaß an Armut
unsoziale Politik ist
eine Gesinnungsratte

Der flexible Superreiche *(von J. Riedel)*

hält Staatsform
seinen Platinwert-Kontostand in Bestform
ist ihm egal wie Mitmensch
ob Monarchie, Diktatur, Demokratie

Moralwende *(von Jürgen Riedel)*

getarnte Freude deutscher Rüstungsindustrie
über Ukrainekrieg
noch nie zuvor
genoss sie kampfjethohe Wertschätzung

# JUGENDVERBAND

## Kein Platz für Demagog*innen und Populist*innen innerhalb der LINKEN

Als parteinaher Jugendverband der Partei DIE LINKE distanzieren wir uns entschieden von den jüngst getroffenen Aussagen des Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch und verurteilen diese aufs Schärfste. Wir fordern eine klare Distanzierung der Partei DIE LINKE von Sahra Wagenknecht.
Am vergangenen Mittwoch veröffentlichte der Nordkurier ein Interview mit dem Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, Dietmar Bartsch. Dabei schildert Bartsch den stets „guten Draht" zu Sahra Wagenknecht. Er werbe dafür, Wagenknecht zu einem Bezugspunkt der Partei zu machen und sie für den Erfolg der LINKEN zukünftig stärker einzubeziehen. Damit heizt Bartsch den Streit um die in weiten Teilen der Partei und Gesellschaft umstrittene Sahra Wagenknecht weiter an.

**Basisdemokratie aber nur wenn es passt.**

Seit geraumer Zeit widersetzt sich Wagenknecht bewusst den basisdemokratischen Entscheidungen der LINKEN, ignoriert innerparteiliche Beschlüsse, inhaltliche Leitlinien und sorgt immer wieder für Aufschreie innerhalb der Partei. In den vergangenen Wochen trat Sahra Wagenknecht zudem immer wieder als vermeintlich „linke" Stimme in der Öffentlichkeit auf. So veröffentlichte sie zusammen mit der umstrittenen Autorin Alice Schwarzer ein sogenanntes „Manifest für Frieden" und mobilisierte eigensinnig einen „Aufstand für Frieden" in Berlin, bei dem sie vor allem Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland mit Kompromissen „auf beiden Seiten" forderte. Die Schuldigen des Ukrainekrieges erkennt Wagenknecht deutlich: Es kann nicht Putin sein. So warb Wagenknecht sogar noch um Verständnis für den grausamen Überfall Russlands auf die Ukraine. Nicht zuletzt sorgte Wagenknecht für Schlagzeilen, als sie eine erneute Kandidatur für DIE LINKE ausschloss.

**Nicht mit uns!**

Als basisdemokratischer Jugendverband verurteilen wir den billigen Populismus von Sahra Wagenknecht. „Wer sich über demokratische Entscheidungen der Partei hinwegsetzt und die parteipolitische Bühne lediglich für die eigenen Ziele ausnutzt, ist nicht die Zukunft einer starken LINKEN in Deutschland", so Lukas Voigt, Landesvorsitzender der Linksjugend ['solid] MV. Stattdessen betont Voigt: „Die Zukunft einer starken LINKEN sind junge Menschen, die gemeinsam etwas in Deutschland verändern wollen; Menschen die sich aktiv gegen soziale Ungerechtigkeit, Rassismus und den Klimawandel stellen". Doch genau diese jungen Menschen würden häufig die Partei verlassen, gerade wegen Alleingänger:innen wie Sahra Wagenknecht, so Lukas Voigt. Dies befeuert Dietmar Bartsch mit seinen Worten nur umso mehr.

**Verantwortung statt Rückschritte**

Gerade als Regierungspartei muss DIE LINKE. in Mecklenburg-Vorpommern klar zeigen: Wir tragen die Verantwortung und nehmen diese ernst. Als ein Land, das immer älter wird, in dem Ausgrenzung und Rassismus noch immer an der Tagesordnung sind und in dem junge Menschen kaum noch Räume für sich finden, braucht es eine starke LINKE. Eine LINKE die für Vielfalt, Offenheit und Diversität steht. Mit Sahra Wagenknecht als „Bezugspunkt der Partei" wird diese Verantwortung in Frage gestellt.

**Eine Wagenknecht-LINKE wäre eine Abkehr von der Zukunft und ein Marsch ins letzte Jahrhundert. Eine Partei wie DIE LINKE. muss jedoch auf die Zukunft ausgerichtet bleiben. Dies ist mit Wagenknecht nicht möglich!**

# Up un Dal

**Gewinner:** Die Bewohner der zwei Häuser vom Bagehl, die vorerst einer Zwangsversteigerung entrinnen konnten. Nun ist die Stadt am Zuge, eine gute Lösung für alternatives Wohnen zu finden und die Gentrifizierung aufzuhalten.
**Verlierer:** Die Angestellten von Galeria Kaufhof in vielen Städten. Opfer des Strukturwandels im Einzelhandel, aber auch Opfer ihres milliardenschweren Eigentümers.

# ZITAT

„Als Linke demonstriert man nicht zusammen mit Rechten und Nazis. Da darf es keine Zweideutigkeiten geben und kein Spiel. Und für mich ist klar: Linkssein heißt: Du bist an der Seite derjenigen, die angegriffen wurden. Und das sind zwei Welten."
Katja Kipping

# ZAHL DES MONATS

50 Prozent der über 80-Jährigen in M-V sehen laut NDR-Umfrage die Ursache für den Ukraine-Krieg im Verhalten der USA. Bei den Menschen unter 30 sind es nur 13 Prozent.

# LYRIK

Elfenschlummer *(von Janina Niemann-Rich)*

Schneeschmelzwasser-rasch
Frühlingserwachen
Schneeglöckchen träumt

Weg *(von Janina Niemann-Rich)*

Leben ist wie Krokuswiese
bunt
gefährlich
schön

Frühling *(von Janina Niemann-Rich)*

Musik
im Schneeglöckchentakt
getanzt

Sanft *(von Janina Niemann-Rich)*

Im Tulpensee
ein Frühlingswind
beginnt

Die Grünen *(von Janina Niemann-Rich)*

wer nichts ist
und wer nichts kann
arbeitet im Bundestag
irgendwann